Die volkswirtschaftlichen Aspekte des Bauens

Autor(en): **Künzi, Hans**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Ingenieur und Architekt**

Band (Jahr): **99 (1981)**

Heft 11

PDF erstellt am: **28.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-74446

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Die volkswirtschaftlichen Aspekte des Bauens

Von Hans Künzi, Zürich

Bruttosozialprodukt, Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftsraum, Währungssystem, Energiefrage, dies sind die Begriffe, welche das Bauen seit dem Zweiten Weltkrieg volkswirtschaftlich beeinflusst haben. Mit der internationalen Entwicklung ist die Schweiz zunehmend verflochten, so dass auch die künftige Bautätigkeit davon abhängig ist.
Klar auseinanderzuhalten ist die Rolle des Staats als subsidiärer Wirtschaftsförderer und als einflussreicher Bauherr mit grossem Auftragsvolumen. Beim öffentlichen Bau zeichnet sich seit 1976 ein Rückgang ab. Insgesamt ergibt sich jedoch infolge wechselnder menschlicher Bedürfnisse und infolge der offenen Fragen in Energie und Verkehr ein positiver Ausblick.

Bautätigkeit und Bevölkerungsentwicklung

Ein Vergleich der Schweiz mit sieben ähnlich strukturierten europäischen Ländern zeigt: der Anteil der Bautätigkeit am Bruttosozialprodukt lag in unserem Lande von den fünfziger bis in die siebziger Jahre erheblich *über dem europäischen Mittel* (Bild 1, Bundesamt für Konjunkturfragen). Im Jahrzehnt von 1963 bis 1973 bewegte er sich in der Schweiz um rund *18 Prozent*, in den verglichenen europäischen Ländern lag er etwas unter 15 Prozent.

Der in der Schweiz erreichte Anteil der Bautätigkeit am Bruttosozialprodukt muss, im Vergleich zu ähnlich strukturierten Ländern, als *überhöht* bezeichnet werden. Die *unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung* bildet den wichtigsten Grund dieser Abweichungen. Angesichts der zu erwartenden Stagnation der schweizerischen Bevölkerung wird *in Zukunft* der Anteil der Bauinvestitionen am Bruttosozialprodukt *geringer* ausfallen und damit eine *Anpassung der bauwirtschaftlichen Kapazitäten* unumgänglich sein. Trotz der Redimensionierung, welche die schweizerische Bauwirtschaft nach 1973 zu bewältigen hatte, steht ihr Anteil am Bruttosozialprodukt im Jahre 1979 immerhin bei *13 Prozent:* 21 von insgesamt 163 Mrd. Franken.

Europäische Wirtschaft

Ursache der Krise 1973

Wirtschaftliche Krisen sind wie die meisten Krankheiten keineswegs ursachlose Zusammenbrüche einer heilen Welt, sondern die *Konsequenzen früherer Fehler*, meistens die Folge des Verlustes an Mass. Die Konjunktur hat sich 1973 nicht eines Kometen oder Sonnenflecken wegen gewendet; der Umbruch erfolgte mit Plötzlichkeit, weil im internationalen Wirtschaftsgeschehen wichtige Parameter, wie z.B. die europäische Wirtschaftsgeographie, stark geändert hatten, man aber nicht zur Kenntnis nehmen wollte, dass den Parametern zugeordnete Werte, wie z.B. die Wechselkurse, ebenfalls entsprechend ändern sollten. Lassen Sie mich dies etwas ausführlicher darstellen:

Veränderte Wirtschaftsgeographie

Hauptmerkmal des industriellen Zeitalters ist neben der Verwendung mechanischer Energie die grosse *Produkteserie*: auf diese Weise werden die hohen Fixkosten für Ausbildung, Forschung, Ausrüstung und soziale Wohlfahrt auf genügend einzelne Güter und Dienstleistungen umgelegt, um deren Preis wirtschaftlich zu halten. Notwendige Voraussetzung zur industriellen Produktionsweise ist deshalb der *grossdimensionierte Markt*. Die Vereinigten Staaten von Amerika verfügen über diesen Markt seit der Unabhängigkeitserklärung von 1776, und sie überholten Europas Wirtschaft nicht etwa, weil sie über eine bessere Produktionstechnik verfügten (lange Zeit war das Gegenteil der Fall), sondern weil sie für einen Markt produzierten, welcher der Dimension des Industriezeitalters entsprach. Das Gegenteil entsprang der nationalistischen europäischen Politik: eine stetig steigende Produktion hatte auf zu kleinen, sich ständig mehr abschirmenden nationalen Märkten abgesetzt zu werden. Jeder versuchte zu exportieren, und jeder wollte Importe fernhalten. Der wirtschaftlich notwendige Drang nach grösseren Märkten vereinigte sich deshalb mit dem altbekannten hegemonialen Streben der Nationalstaaten, dessen zerstörerische Folgen bekannt sind.

Das Konzept des Marshall-Plans enthielt die Einsicht, die *europäische Staatenwelt* hätte die wirtschaftliche *Abschottung zu überwinden*, um aus Wirtschaftskrisen und Bruderkriegen herauszukommen: die amerikanische Wirtschaftshilfe, welche den Wiederaufbau Europas nach dem Zweiten Weltkrieg initiierte, war an die Bedingung zunehmender Liberalisierung unter den europäischen Staaten geknüpft. Die Einsicht, dass in der industriellen, arbeitsteiligen Welt Produktions- und Landesgrenzen nicht übereinstimmen, führte vorerst im Rahmen der OEEC zu einer *gegenseitigen Öffnung der Märkte* und zu deren Verschmelzung durch die Gründungen der Europäischen Gemeinschaft und der EFTA, die untereinander durch Freihandelsabkommen verbunden sind.

Indessen hat die *europäische Integration* nicht allein einen Markt von 300 Millionen Konsumenten gebracht, sondern die von ihr ausgehenden *realwirtschaftlichen Impulse* beeinflussten nachhaltig die *Weltwirtschaft*, so insbesondere das internationale *Währungsgeschehen*. Die Entwicklung eines gross dimensionierten Marktes verminderte zunehmend das nach dem Zweiten Weltkrieg bestehende Produktivitätsgefälle zwischen den Vereinigten Staaten und den europäischen Nationen. Je weiter sich europäische Produktion und Martkintegration entwickelten, um so weniger spiegelten die in den unmittelbaren Nachkriegsjahren in Bretton Woods festgelegten Kursrelationen die tatsächlichen wirtschaftlichen Kräfte.

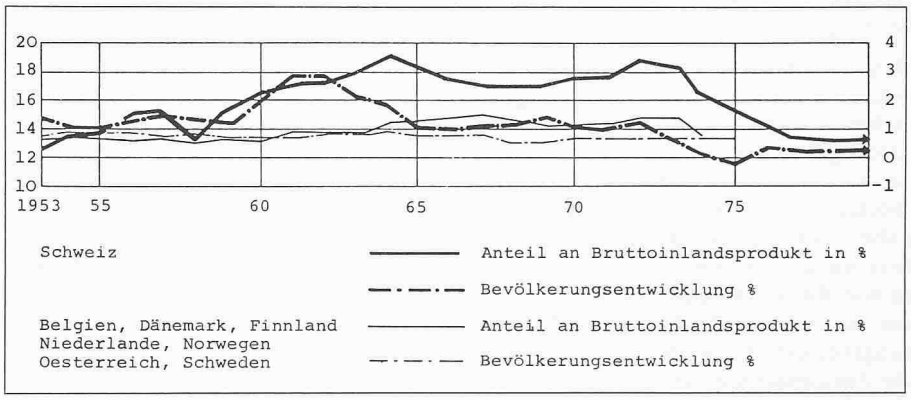


Bild 1. Anteil der Bautätigkeit am Bruttosozialprodukt; Bevölkerungsentwicklung; internationaler Vergleich (Quelle: Bundesamt für Konjunkturfragen)

Plötzlich freie Wechselkurse

Dieser kleine wirtschaftliche Ausflug illustriert meine eingangs geäusserte These, zwar hätten sich im internationalen Wirtschaftsgeschehen die *Parameter verändert*, und zwar als Folge logisch motivierten menschlichen Handelns, doch sei mit einer gewissen Irrationalität geglaubt worden, die *zugehörigen* Werte könnten *konstant* gehalten werden. In der internationalen Währungspolitik wurde unter Zuhilfenahme von Anglizismen und deren Abkürzungen ein Damm errichtet, hinter welchem Dollarflut, chronische Zahlungsbilanz-Ungleichgewichte und Inflation einen Druck erzeugten, unter dem 1973 das *verbale Kunstwerk zusammenbrach.* Im vorangehenden Jahrzehnt jedoch hatten sich als Folge der unrealistischen Wechselkursverhältnisse unrealistische Wirtschaftsstrukturen zu bilden begonnen: so liess es z.B. der niedrige Aussenwert des Schweizerfrankens rentabel erscheinen, Fabrikate zu erzeugen, deren Produktion inzwischen mit guten Gründen in Entwicklungsländer verlegt worden ist. Es hat in der Tat keinen Sinn, mit unseren teuer ausgebildeten und entsprechend hochqualifizierten Arbeitskräften Güter aus dem unteren Produktionsspektrum herzustellen.

Veränderter Arbeitsmarkt

Diese Feststellungen enthalten keinen Vorwurf an die schweizerische Aussenwirtschafts- und Währungspolitik. Unser Land hat z.B. in der Integrationsfrage *frühzeitig erkannt*, dass einem *Alleingang kein Erfolg* beschieden wäre, und in der Währungsfrage lag die Situation nicht anders: durch eine isolierte Aufwertung hätte sich die Schweiz verheerende Wettbewerbsnachteile eingehandelt, und zu einer freiwilligen Zusammenarbeit fanden sich die übrigen Staaten nicht bereit. Doch ändert dies nichts an der Tatsache, dass mehrere unserer Wirtschaftszweige *vom internationalen währungspolitischen Umsturz* ins Mark getroffen wurden. Im Jahre 1975 sank das Nationalprodukt um 7,6 Prozent, und rund *300 000 Arbeitsplätze gingen verloren*, davon ein wesentlicher Anteil im Baugewerbe.

Weil fälschlicherweise immer wieder behauptet wird - auch von Leuten, die es besser wissen müssten -, diese Beschäftigungskrise sei auf dem Rücken der Gastarbeiter ausgetragen worden, möchte ich an dieser Stelle deutlich festhalten, was aus den Zahlen des BIGA hervorgeht: in keinem dieser Krisenjahre war die Rückwanderung grösser als der normale durchschnittliche Wanderungsverlust; *drastisch zurück ging nur die Einwanderung*. An den wirtschaftlichen Fakten ändert dies wenig, an den menschlichen jedoch viel.

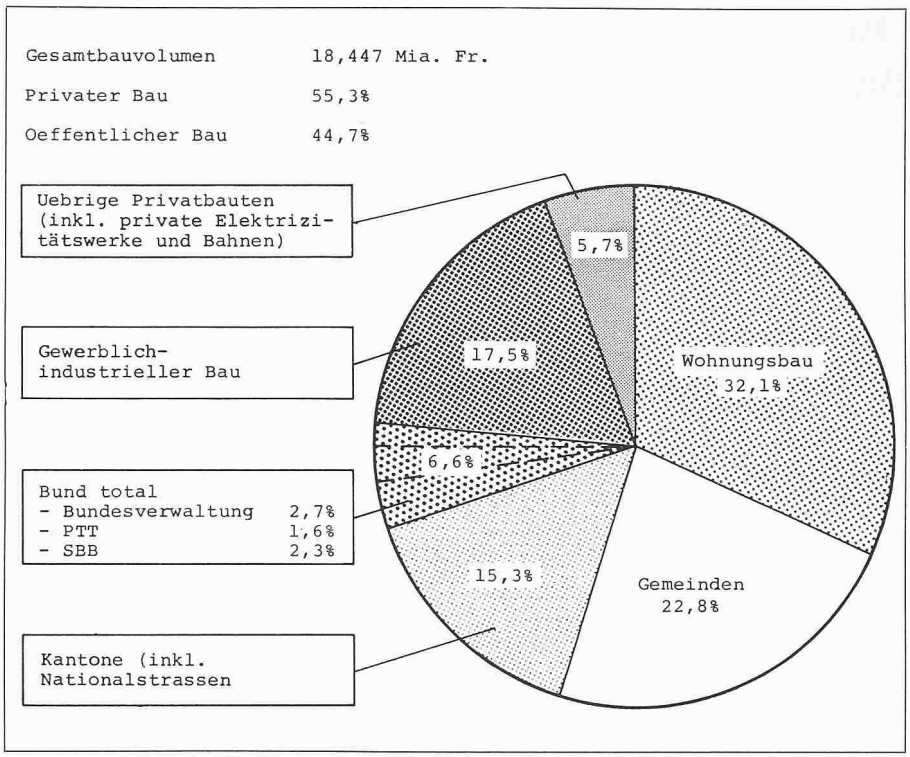


Bild 2. Bautätigkeit in der Schweiz (1977). Verteilung des Bauvolumens nach Bauträger (Quelle: Bundesamt für Wohnungswesen)

Teureres Erdöl

Die Erhöhung des *Erdölpreises* steht mit dem Zusammenbruch des Systems der festen Wechselkurse in einem natürlichen inneren Zusammenhang. Traditionellerweise waren die Erdölpreise in Dollar, der Leitwährung, ausgedrückt worden. Weil der Übergang zum Floating mit einer drastischen Abwertung des Dollars verbunden war, *wäre* das Erdöl *weltweit verbilligt* worden, hätten sich die Produzentenländer mit den alten Erträgen zufrieden gegeben. Solches *Demutsverhalten* konnte von den Anbietern der immer noch wichtigsten Primärenergie *nicht erwartet* werden, dies um so weniger, als die Grossproduzenten des Nahen Ostens nach wenigen Tests den *politischen Wert* der «Erdölwaffe» festgestellt hatten.

Bilanz der Nachkriegsperiode

Ziehen wir heute ein Fazit über die betrachtete Wirtschaftsperiode seit dem Zweiten Weltkrieg, so gelangen wir für Europa und die Schweiz *nicht zu einem negativen Bild.* Zwar ist der Kollaps des Systems der fixen Wechselkurse noch nicht völlig überwunden, doch sind die Struktur- und Beschäftigungskrisen aufgefangen in einem Netz der *sozialen Sicherheit*, und aus diesem Grund allein ist die Vergleichbarkeit mit den dreissiger Jahren nicht gegeben. Die neuen Strukturen, die sich innerhalb dieses - schmerzvollen - Anpassungsprozesses bereits ergeben haben, sind nicht auf unrealistischen Währungsrelationen, sondern dem *realistischen Massstab* der komparativen Kosten aufgebaut. Der Spielraum kartellistischer Erdölpreiserhöhungen hat sich laufend *vermindert*, denn grössere Preiserhöhungen brächten irreversible Substitutionsprozesse in Gang, und des Südens Erdöl ist nur so lange etwas wert, als es dem wintrigen Norden verkauft werden kann. In Westeuropa ist das verderbliche Hegemonialstreben durch *Kooperation* und *freiwillige Integration* abgelöst worden, unversöhnlich scheinende Erzfeindschaften sind überwunden, zerstörerischer Kriege Wunden vernarbt. Abgekühlt aber hat sich auch die Thermik der heissen Asche, aus welcher der wirtschaftliche Phoenix entstiegen ist; der Vogel muss jetzt aus eigener Kraft fliegen.

Folgerungen für die Schweiz

Bedeutung der Investitionen

Die Erträge von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen. Die *Investitionen* sind einer der *wichtigsten Motoren* des wirtschaftlichen Wachstums, namentlich auch des *qualitativen.* Für die Schweiz ist diese Gesetzmässigkeit besonders ausgeprägt wirksam, weil mangels natürlicher Standortvorteile ihrer Wirtschaft Wettbewerbsfähigkeit *ausschliesslich* vom Produktionsfaktor *Arbeit* abhängt, dessen Qualität wiederum von seiner Ausbildung bestimmt und dessen Produktivität durch seine kapi-

talmässige Ausrüstung festgelegt wird. Von 1974 bis 1977 haben die Brutto-Inlandinvestitionen *stetig abgenommen*, um ein gutes Viertel im Vergleich zu den Jahren 1973. Die Bauten wurden davon besonders betroffen, wie später gezeigt wird, aber auch die Ausrüstungsinvestitionen und die Vorratshaltung wiesen starke Rückgänge auf. Seit 1977 ist eine leichte Besserung eingetreten. Insgesamt hat sich einmal mehr aufgezeigt, dass die *Investitionen* besonders stark *auf Konjunkturschwankungen reagieren*, besonders wenn diese - wie in den vergangenen Jahren - strukturelle Anpassungen erzwingen.

Wachstumsaussichten

Trotz den grossen Anpassungsschwierigkeiten hat sich die *schweizerische Wirtschaft* im internationalen Vergleich sehr *gut gehalten*. Ungeachtet des stark verteuerten Schweizerfrankens - die gewogene reale Steigerung seit 1973 beträgt gegenüber den 15 wichtigsten Handelspartnern rund 50 Prozent - hat sich die Exportindustrie recht eigentlich als Motor erwiesen und durch ihre *Mengenkonjunktur* - die Erträge liessen zu wünschen übrig - *ankurbelnde Wirkung* ausgeübt. Die Konjunkturabschwächung in wichtigen Abnehmerländern hat aber begonnen, ihre Schatten auf die Auftragseingänge zu werfen. Zwar haben die *Devisenmarkt-Verhältnisse* des zweiten Halbjahres 1980 die Wettbewerbsstellung und die Erträge teilweise *positiv* beeinflusst, doch haben sich *andere Faktoren negativ* auf die Ertragslage ausgewirkt, namentlich der erneute Anstieg des Erdölpreises, Steigerung verschiedener Rohstoffpreise, Lohnerhöhungen als Folge des angespannten Arbeitsmarktes und teilweise auch Umsatzschrumpfungen. Bei der Binnenkonjunktur zeichnet sich sowohl beim *Privatkonsum* als den *industriellen Investitionen* eine *Verflachung* ab. Die Aussichten für die kommenden Monate deuten auf eine *Wachstumsverlangsamung*, in einzelnen Branchen gar auf einen Rückgang der Geschäftstätigkeit, wobei die *exportorientierten Zweige* im Vergleich zur Binnenwirtschaft *eher im Nachteil* sein dürften.

Folgerungen für die Bauwirtschaft

Arbeitsvorrat

Die Bauwirtschaft bildet in diesem eher ungünstigen Bild eine Ausnahme. Real hat der *Arbeitsvorrat* des Bauhauptgewerbes gegenüber dem Vorjahr um 5,2 Prozent *zugenommen* und beträgt nun 6,9 Mrd. Franken gegenüber 5,1 Mrd. 1979. Der *private Bau* steuerte hiezu ein Wachstum von real 14,7 Prozent (der Wohnungsbau gar eines von 21,6 Prozent) bei, während die Aufträge im *öffentlichen Bau* um 2,6 Prozent abnahmen. Der Bestand an Aufträgen aus dem *Ausland* wuchs um 5,8 Prozent und erreichte damit 16,9 Prozent des Inlandwertes; er hat sich zu einem *festen Bestandteil* der Geschäftstätigkeit bei einer Anzahl bedeutender Firmen entwickelt. Dies spiegeln auch die von der schweizerischen Bauindustrie gemeldeten Zahlen: während der Auftragseingang aus dem Inland um 4,4 Prozent zurückwich, vervierfachte er sich, was die Auslandaufträge angeht; trotzdem liegt er, wenn man die ersten drei Quartale des vergangenen Jahres betrachtet, immer noch um 3,9 Prozent unter dem Vorjahr. Der Auftragsbestand nahm im Inland um 11,3 Prozent zu, während er im Ausland um 6,4 Prozent sank.

Verstetigung der Nachfrage

Wir haben eingangs den grossen Anteil der schweizerischen Bauwirtschaft an der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung festgehalten. Zudem gehört die Bautätigkeit zur überwiegenden Mehrheit in den auf Konjunkturschwankungen besonders stark reagierenden Investitionsgüterbereich. Des *Multiplikatoreffektes* wegen liegt das Baugewerbe öfters einige Oktaven über oder unter dem Chor der übrigen Wirtschaftszweige. Die Branche hat deshalb in der Hochkonjunktur einiges an öffentlicher Sympathie verloren, die sie in den schlechten Jahren gut hätte brauchen können. Die *Forderung nach Verstetigung* wenigstens der *öffentlichen Baunachfrage* verbunden mit einem *antizyklischen Verhalten der Gemeinwesen* ist deshalb gut verständlich.

Die Rolle des Staates in der Bauwirtschaft

Struktur des Bauvolumens

Bevor wir etwas in diese Frage eindringen, ist es jedoch sinnvoll, einen Blick auf die verschiedenen *Bauträger* zu werfen und sich ihre *Anteile am gesamten Bauvolumen* in Erinnerung zu rufen. Das Bundesamt für Wohnungswesen veröffentlichte für 1977 die wiedergegebene Grafik (Bild 2), welche folgende Charakteristiken zeigt:

- Der *öffentliche Anteil* beträgt erhebliche 45 Prozent des Gesamtvolumens; jedoch spiegeln sich in dieser Zahl auch die Investitionsprogramme des Bundes.
- *Hauptträger der öffentlichen Bautätigkeit* sind in dieser Reihenfolge die *Gemeinden*, wesentlich zurück die Kantone und mit einem geringen Anteil der Bund.

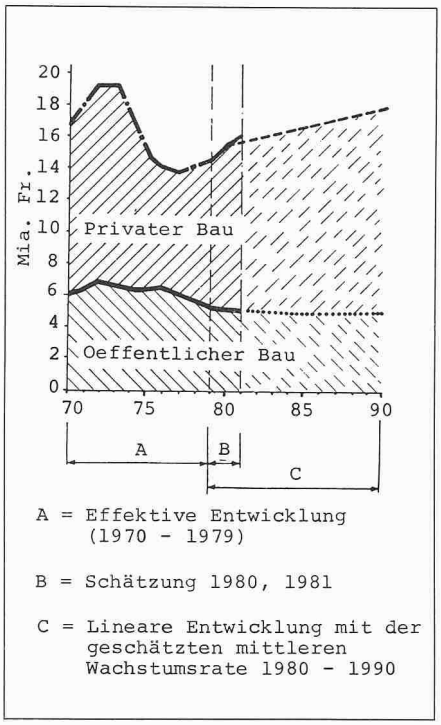


Bild 3. Bautätigkeit real; Preisbasis 1970 (Quelle: St. Galler Zentrum für Zukunftsforschung)

- Im *privaten Sektor* kommt dem *Wohnungsbau* überragende Bedeutung zu.

Seither ist der Anteil der öffentlichen Hand zurückgegangen; er betrug 1979 noch 36,7 Prozent und entsprach damit ungefähr dem Anteil vor der Redimensionierung. Die Übersicht des St. Galler Zentrums für Zukunftsforschung verdeutlicht diese Entwicklung (Bild 3).

Ordnungspolitik

Nicht ohne Genugtuung gelangen wir beim Betrachten dieser Zahlen, Entwicklungen und Trends zur *Schlussfolgerung:* die Bauwirtschaft als Ganzes hat die Schwierigkeiten der Redimensionierung mit Bravour gemeistert.

Staatliche Wirtschaftsförderung

Sie wissen alle, wie sehr sich Bund, Kantone, Gemeinden und öffentliche Unternehmungen bemüht haben, den Abbau der Überkapazität in *geordnete Bahnen* zu lenken. Von den drei *Investitionsprogrammen des Bundes* wurde das erste nahezu ausschliesslich, das zweite zu 80 Prozent und das dritte noch gut zur Hälfte zugunsten der Bauwirtschaft und ihrer weitverzweigten Zulieferfirmen verwendet. Hinzu kamen der *Investitionsbonus*, das Renovationsprogramm für *Liegenschaften* und das Programm für die Verbesserung der *Wohnverhältnisse im Berggebiet*, alles Investitionsanreize, die zu einer regionalwirtschaftlich *breiten Streuung der Aufträge* geführt haben. Der Bundesrat schätzte das durch den Investitionsbonus ausgelöste Investitionsvolumen allein auf über 1,5 Mrd. Franken (Beantwortung

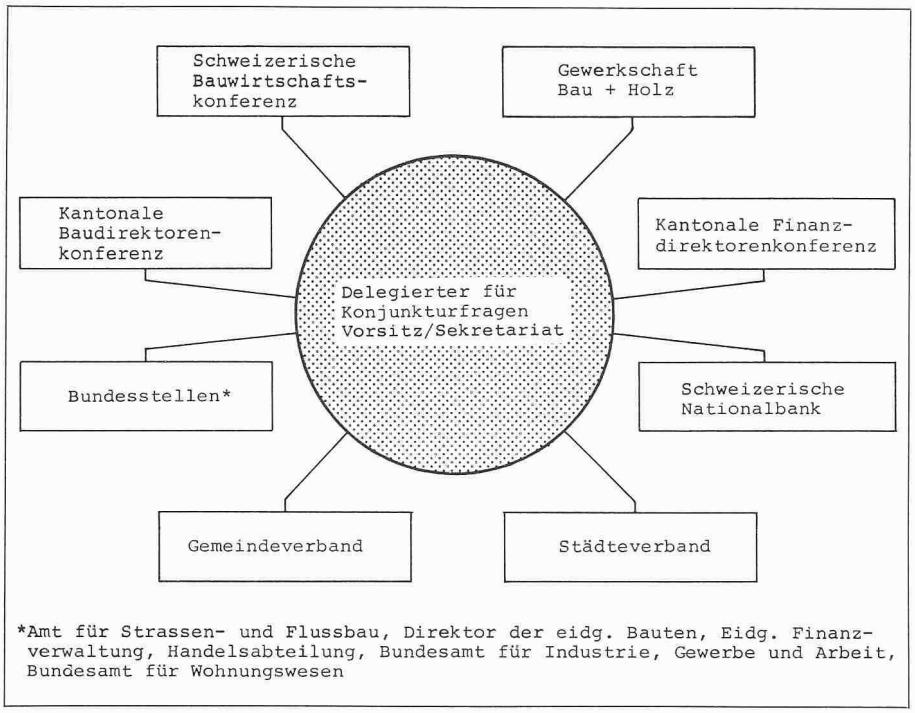


Bild 4. Gesprächsforum für Baufragen

Interpellation *Uchtenhagen* vom 5. 10. 1976); das bauliche Auftragsvolumen der drei Investitionsprogramme betrug 2,5 Mrd. Franken.

Gesprächsforum für Baufragen

Das «Gesprächsforum für Baufragen» erwies sich damals als nützliches Forum zur Kanalisierung des Anpassungsprozesses (Bild 4).

Mit jenen Hilfsmassnahmen signalisierte der Staat auf jeder Hierarchiestufe seine *Bereitschaft*, einen wichtigen *Wirtschaftszweig* - und einen der wenigen, denen er als grosser Auftraggeber überhaupt beizustehen vermag - in einer schwierigen Lage zu *unterstützen.*

Aufgabenteilung «Staat - Wirtschaft»

Wirtschaftspolitisches Umdenken

Doch hat die wirtschaftliche Krise auch zu einer *Katharsis* des wirtschaftspolitischen Denkens geführt, und bei allen *materiellen Verlusten* ist dieser *geistige Gewinn* vielleicht doch grösser. Wirtschaft und Politik haben sich darauf besinnen müssen, dass der *kalte Stern der Knappheit* über dem wirtschaftlichen Handeln des Menschen steht. «Was der Private nicht kann, kann der Staat», hiess eine Zeitlang die unausgesprochene Formel, eine Formel, die nicht allein die ordnungspolitischen Marksteine versetzte, sondern die These implizierte, das Kollektiv sei dem Individuum überlegen und das grössere Kollektiv dem kleineren. *Diese These*, die offenbar deshalb so leicht Anhänger findet, weil sie die *Verantwortung verwässert* und abschiebt, hat sich auch in viel überschaubareren Bereichen als der Wirtschaftspolitik *nicht verifizieren* lassen.

Schlussfolgerungen

Die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen für die *Aufgabenteilung* zwischen *Staat* und *Wirtschaft* hat *Dr. P. Koller*, Sekretär der Schweizerischen Bauwirtschaftskonferenz, im Bauwirtschaft-Spiegel vom vergangenen Juni in eindrücklicher Weise gezogen:

«Folgen, wie etwa der zunehmende Staatsverdruss, die steigende Steuerbelastung der Privaten, die herrschende Finanzmisere zahlreicher öffentlicher Haushalte, die zunehmende Konkurrenzierung der Privatwirtschaft auf dem Arbeitsmarkt oder die verstärkte politische Einflussnahme des Verwaltungsapparates, machen die Notwendigkeit einer vermehrten Privatisierung öffentlicher Aktivitäten deutlich. Sie ergibt sich aber auch aus Gründen der wirtschaftlichen Effizienz: die Effizienzvorteile der Privatwirtschaft sind insbesondere auf die bessere Wirkungsweise der marktwirtschaftlichen Anreiz- und Sanktionsmechanismen (Ertragsstreben, Vermeidung des Konkurses) gegenüber den entsprechenden politischen Mechanismen (z.B. Furcht vor Wegwahl) zurückzuführen.»

Der Staat steht zur Bauwirtschaft in zweierlei Beziehungen:

- erstens in einer ordnungspolitischen, welche *Marktwirtschaft* und *Subsidiaritätsprinzip* verpflichtet ist; und
- zweitens in jener eines wichtigen Auftraggebers, der mehr als ein *Drittel* des nationalen *Auftragsvolumens* realisiert.

Diese beiden Beziehungen sind *grundverschieden* und sollten *nicht vermischt* werden. Auch gegenüber der Bauwirtschaft tut der Staat letzten Endes mehr, indem er *günstige Rahmenbedingungen* für ihr Gedeihen setzt, als wenn er ihr mit der linken Hand gibt, was er ihr vorher mit der rechten genommen.

Die Baunachfrage der öffentlichen Hand

Leichter Rückgang

Gemäss der auf dem Planungsstand von *Mitte 1979* beruhenden *Umfrage des Bundesamtes für Konjunkturfragen* sollten in den Jahren 1980–1984 öffentliche Bauvorhaben im Umfang von rund *56,7 Mrd. Franken* realisiert oder in Angriff genommen werden. Die Umfrage umfasst alle Bauvorhaben sowie die grösseren Industrieaufträge, die von Bund, Kantonen, Gemeinden, privaten Verkehrsbetrieben und Elektrizitätswerken zur Inangriffnahme oder Vergabung ins Auge gefasst sind. Die Summe von 56,7 Mrd. Franken liegt *9,7 Prozent unter* derjenigen der letzten *Erhebung 1976.* Ob und inwieweit alle gemeldeten Investitionsvorhaben auch tatsächlich verwirklicht werden können, hängt noch von verschiedenen Umständen ab. So haben gewisse Projekte das Verdikt einer *Volksabstimmung* zu bestehen, andere dürften dem Rotstift der *Sparanstrengungen* zum Opfer fallen, und bei dritten können *Finanzierungsschwierigkeiten* einen zeitlichen Aufschub erzwingen. Die im Vergleich zur Erhebung 1976 eingetretene Abnahme ist vollumfänglich auf die *Entwicklung im Tiefbau* zurückzuführen. Dieser bildete sich um 6 Mrd. Franken oder 15 Prozent zurück. Beigetragen dazu hat namentlich der Rückgang bei Kraftwerkbauten (−52 Prozent), beim Bau von Bahn- und Bahnhofanlagen (−35 Prozent) sowie beim Nationalstrassenbau (−26 Prozent). Der kräftige Rückgang bei den Elektrizitätswerken spiegelt zur Hauptsache die Ungewissheit über die weitere Erstellung von Kernkraftwerken. Auch die noch offenen Fragen bei der Gesamtverkehrskonzeption dürften bei potentiellen Investoren eher eine abwartende Haltung fördern. Immerhin hat der Regierungsrat des Kantons Zürich einen Vorschlag an den Kantonsrat für die Inangriffnahme des S-Bahn-Systems ausgearbeitet - trotz der Ungewissheit einer finanziellen Beteiligung des Bundes. Es ist nicht ausgeschlossen, dass das Projekt bei der Volksabstimmung mit dem Argument bekämpft wird, der Zürcher Steuerzahler solle keine Vorleistungen für die Finanzierung der Bahnen er-

bringen, bevor die definitive hierarchische Aufschlüsselung feststehe. Die Zürcher Regierung hofft, der Legislaturfinanzplan des Bundes für die Jahre 1984–1986 enthalte eine finanzielle Beteiligung an diesem keineswegs regional beschränkten Bahnausbau.

Antizyklisches Verhalten

Die Zeitspanne von *1974 bis 1984* überblickend darf man der öffentlichen Hand auf der Stufe des Bundes und der Mehrheit der Kantone für einmal das Kompliment machen, hinsichtlich des Bauens eine *antizyklische Politik* verfolgt bzw. den *Trend nicht noch verstärkt* zu haben. Dieser Forderung nachzukommen, ist ein leichtes nicht, denn die Anforderungen an die öffentliche Infrastruktur pflegen in der Hochkonjunktur zu wachsen und in der Rezession zu sinken. Die *Bautätigkeit der Gemeinden*, der wichtigsten öffentlichen Bauträger, hat diese Korrelation auch in der vergangenen Anpassungsperiode gespiegelt.

Koordinationsschwierigkeiten

Es bedarf einer im öffentlichen und privaten Sektor breit abgestützten *Planung* und des *Willens zum Konsens*, in der öffentlichen Bautätigkeit zu einer Staffelung zu gelangen, welche den *infrastrukturellen, konjunktur- und finanzpolitischen* Anforderungen zu genügen vermag. Die Ausnivellierung dieser drei Pfeiler bestimmt im wesentlichen, ob die ordnungspolitische Ebene horizontal oder schief liegt, und die *Verantwortung für das Ebenmass* ist bei der Bauindustrie nicht etwa geringer als bei den Politikern. Einer der wichtigsten Ziele auf Bundes- und Kantonsebene – darin sind sich Vertreter der öffentlichen Hand und Privatwirtschaft durchaus einig – ist die Politik der *Verstetigung der öffentlichen Nachfrage*. Die geschilderten Schwierigkeiten sollten uns nicht davon abbringen, auf dieses Ziel hinzuwirken.

Ausblick

Man kann sich darüber streiten, ob die grossen Religionen, die Erfindung des Rades oder die Entwicklung der elektronischen Datenverarbeitung des Menschen Umwelt mehr verändert haben. Sicher aber steht: nichts bestimmt das Alltagsleben so sehr wie der Bau.

Die Architektur kann nicht lügen, und insofern ist sie dem Menschen moralisch überlegen. Unsere *Architektur* – und ich meine damit die Gesamtheit unserer Städte, Dörfer, Verkehrsträger und übrigen Kunstbauten – lügt auch nicht, wenn sie uns sagt: die Möglichkeiten zur baulichen Vervollkommnung unserer Erde sind noch *weitgehend ungenutzt!* Der Mensch, der ursprünglich zu bauen begann, um die natürlichen Immissionen – Wind, Wetter und Wildbach – von sich abzuhalten, hat sich in den vergangenen Jahren zunehmend seinen eigenen Immissionen ausgesetzt: Verkehr, Lärm und Verunreinigung der natürlichen Elemente. Diejenigen, welche diese Nachteile als den natürlichen Preis des Fortschrittes betrachten, haben die Möglichkeiten menschlichen Wirkens ebensowenig verstanden als jene, die angesichts der Unvollkommenheit unserer Taten in die vollkommene Tatenlosigkeit zurücksinken möchten.

Wir haben uns bis anhin ausserordentlich fähig erwiesen, *Fortschritt* zu erzeugen, jedoch gerade bei der *Organisation unserer baulichen Welt* haben wir uns *nicht als besonders begabt* gezeigt, den Fortschritt auch zu nutzen: kein vernünftiger Mensch, der die morgendlichen und abendlichen Verkehrsstauungen aktiv oder passiv miterlebt, wird sich einbilden, die Pendler setzten sich aus Vergnügungssucht ans Steuer oder die Lastwagenfahrer zwängten sich aus Sadismus durch die Städte. Gerade beim *Verkehr* ist es offensichtlich, dass unsere Gesellschaft die von ihr geschaffenen Mittel erst *unvollkommen beherrscht*.

Ein Artmerkmal unserer Gesellschaft ist, dass sie sich *nicht planen* lässt, *sondern* ihre *Bedürfnisse befriedigt* haben will. Dass diese Bedürfnisse *ändern* oder z.T. *widersprüchlich* sind, ist überhaupt kein Grund, sie zu missachten. Es ist völlig normal, dass dem Bedürfnis nach Auto das Bedürfnis nach Strassen und Parkplätzen folgt und diesen das Bedürfnis nach Schutz vor Lärm und Gestank. Ebenso normal ist es, dass dem Wohnen in Agglomerationen und dem Berufstress das Bedürfnis nach Tourismus folgt, dieser das Bedürfnis nach einem entsprechenden Flugnetz schafft, das Flugnetz jenes nach gutausgebauten Flughäfen, und die Flughäfen das Bedürfnis nach Stille. Eine Planung, die vor unserer Gesellschaft bestehen will, hat diesen Widersprüchlichkeiten Rechnung zu tragen, sie bewusst zu machen und *Optimierungslösungen* vorzuschlagen.

Optimierungslösungen müssen in der Demokratie für die *Mehrheit der Bürger* als solche erkenntlich sein. Diesem Aspekt der Planung ist in der Vergangenheit nicht immer genügend Aufmerksamkeit geschenkt worden. Die *Verwirklichung der Gesamtkonzepte Energie und Verkehr* – und was beträfe Ihre Branche mehr als Energieerzeugung, Energiesparen und sinnvolle Kanalisierung der individuellen Mobilität? –, die Verwirklichung dieser Konzepte wird davon abhängen, dass sie in ihrer Gesamtheit *mehrheitsbildend* wirken. Daran zu bauen, reiche ich Ihnen gerne die Hand.

Adresse des Referenten: *Prof. Dr. Hans Künzi*, Nationalrat und Regierungsrat des Kantons Zürich, Direktion der Volkswirtschaft, Kaspar-Escher-Haus, 8090 Zürich.